

Ybbstaler Wochenblatt

Organ der demokratischen Einigung

Nummer 27

Waidhofen a. d. Ybbs

Freitag, 2. Juli 1948

Die neuen Agrarpreise und Kontingente

Brot, Getreideprodukte und Erdäpfel im Preis unverändert — Gleiche Fleischrationen für Wien und die Bundesländer Für Verbraucher, deren Familieneinkommen 1000 S monatlich nicht übersteigt, gelten auch für Fleisch die bisherigen Preise Die gesamte Ernte wird vom Staat aufgekauft

Der Ministerrat genehmigte vergangenen Dienstag das in Parteienverhandlungen zwischen Vertretern der Volkspartei und der Sozialistischen Partei einvernehmlich festgelegte Kontingent der abzuliefernden Menge aus der Ernte 1948 und die neuen Preise für agrarische Produkte.

Die Erhöhung der Agrarpreise wird keine Erhöhung der Verbraucherpreise bewirken. Zur Deckung der Preiserhöhungen werden Mittel herangezogen werden, die den Schillinglösungen für ausländische Hilfslieferungen entstammen.

Für Brotgetreide (Roggen und Weizen) beträgt das Kontingent 230.000 Tonnen. Hievon wird die Hälfte, 115.000 Tonnen, zu den bisherigen Preisen, das sind 48 Groschen pro Kilogramm bei Roggen und 52 Groschen pro Kilogramm bei Weizen, abzuliefern sein. Die Ablieferung der zweiten Kontingenthälfte wird mit 1.02 S pro Kilogramm Roggen und 1.18 S pro Kilogramm Weizen beglichen werden, so daß sich im Durchschnitt für das Gesamtkontingent ein Preis von 75 g für das Kilogramm Roggen und 85 g für das Kilogramm Weizen ergibt. Das Überkontingent, das für Brotgetreide mit zirka 40.000 Tonnen angenommen wurde, wird bei Roggen mit 1.25 S und bei Weizen mit 1.35 S bezahlt werden.

Da die Konsumentenpreise für die im Rahmen der Kontingente abgelieferten Produkte unverändert bleiben, werden die höheren Kontingentübernahmepreise gestützt. Das gleiche gilt auch für Gerste (Kontingent 38.000 Tonnen, Preis 80 g pro Kilogramm), Hafer (Kontingent 20.000 Tonnen, 70 Groschen) und für Mais (Kontingent 23.000 Tonnen, 75 Groschen).

Die Erzeuger sind verpflichtet, die Überkontingentmengen an Brotgetreide und Gerste, für welche letztere eine Aufzahlung von 1.20 S festgesetzt wurde, nur im Wege der zugelassenen Aufkäufer abzuliefern.

Durch diese Überkontingentregelung wurde, wie Minister Sagmeister in der Sozialistischen Korrespondenz mitteilt, eindeutig die Ablehnung des sogenannten „Grauen Marktes“ für das nächste Jahr entschieden.

Die Konsumentenschaft werde gerne Erzeugnisse aus Brotgetreide und Gerste kaufen, erklärt der Minister weiter, die durch Sonderaufträge zu einem etwas höheren Preis außerhalb der bestehenden Kaloriensätze abgeben werden sollen. Durch diese Regelung sei Vorsorge getroffen, daß auch die Überkontingente gleichmäßig und

nicht nach der finanziellen Leistungsfähigkeit des einzelnen verteilt werden können.

Jene Erzeuger, die ihr vorgeschriebenes Lieferkontingent an Brotgetreide, Gerste, Hafer und Mais aus eigenem Verschulden nicht voll erfüllen, werden zur Zahlung einer Strafe von 1.50 S pro Kilogramm Fehlmenge der genannten Fruchtarten verhalten werden.

Für Erdäpfel wurde ein Kontingent von 520.000 Tonnen festgesetzt, wovon 20.000 Tonnen für die industrielle Verarbeitung vorgesehen sind. Die Detailverkaufspreise für Erdäpfel bleiben unverändert, da die höheren Erzeugerübernahmepreise ebenfalls gestützt werden.

Verbilligungsscheine für Fleisch

Die Festsetzung des Fleischkontingentes erfolgte schon zu Beginn dieses Jahres; damals wurde ein Kontingent von 72.000 Tonnen vereinbart. Die Viehpreise wurden neu geregelt. Die den Bauern zugesicherte Erhöhung der Lebendviehpreise soll nicht auf Konsumenten abwälzt werden, deren monatliches Familieneinkommen weniger als 1000 S brutto beträgt. Daher werden Verbilligungsscheine in der Höhe des Differenzbetrages zwischen dem bisherigen und dem künftigen Fleischpreis ausgegeben werden.

Die Lebendviehpreiserhöhung wird sich nicht voll auf den Fleischpreis auswirken, da in der Vereinbarung ausdrücklich festgelegt wurde, die Handelsspannen in der bisherigen absoluten Höhe aufrechtzuerhalten. Die Preisvereinbarung setzt voraus, daß auch die Einheitlichkeit im Preisgefüge im Bundesgebiet wiederhergestellt wird, und die Verteilung der aufgetragenen Schlachtvieh- bzw. Fleischmengen bundeseinheitlich vor sich geht, das heißt, der Nichtselbstversorger in Wien die gleiche Fleischration erhält wie der in den übrigen Konsumzentren.

Die neuen Preise sollen mit 5. Juli in Kraft gesetzt werden.

56 Millionen Schilling für den Aufkauf

Minister Sagmeister schlug im Ministerrat den Aufkauf der Getreide- und Erdäpfelkontingente der heurigen Ernte vor und stellte den Antrag, für diesen Zweck einen Gesamtbetrag von 56 Millionen Schilling als Vorschub für die befugten Getreideaufkäufer zur Verfügung zu stellen.

Für die damit verbundenen Kosten ist ein Betrag von 5.250.000 S vorgesehen. Diese Bevorschussung erscheint gerechtfertigt, weil ein Teil der Getreide- und Erdäpfelernte für längere Zeit gelagert werden muß.

Zur Durchführung des Marshall-Planes in Österreich

Amtlich wurde verlautbart: Auf einer Konferenz im Bundeskanzleramt betreffs des europäischen Wiederaufbauprogrammes (Marshall-Plan) erklärte Bundesminister Dr. Gruber u. a.: Im Bundeskanzleramt, Auswärtige Angelegenheiten, ist ein Büro für die Behandlung aller mit dem Marshall-Plan zusammenhängenden Fragen (ERP-Büro) unter der Leitung von Sektionschef Dr. Leopold eingerichtet worden. Bei den Lieferungen im Rahmen des Marshall-Planes handelt es sich um ein Geschenk des amerikanischen Volkes an das österreichische Volk, und nicht um ein Geschenk an den einzelnen Verbraucher. Darum muß dieser die eingeführten Güter in österreichischen Schillingen bezahlen. Die Zahlungen fließen einem Sonderkonto zu, über das die österreichische und die amerikanische Regierung einvernehmlich verfügen, und zwar ausschließlich im Interesse des österreichischen Volkes, insbesondere zur

Stützung der Währung und zur Förderung des Wiederaufbaues.

Hierauf führte Sektionschef Dr. Leopold aus, daß der Einkauf in österreichischen Händen liegen werde, wobei die normalen privaten Handelsbeziehungen möglichst wiederhergestellt werden sollen. Bei einigen Warengruppen, insbesondere bei Lebensmitteln, wird der Einkauf für eine Übergangszeit noch durch amerikanische staatliche Stellen erfolgen, entsprechend den österreichischen Wünschen, weil die Voraussetzungen für den privaten Einkauf noch fehlen.

Außenminister Dr. Gruber berichtete auch im letzten Ministerrat über das Abkommen zwischen Österreich und den Vereinigten Staaten über die wirtschaftliche Zusammenarbeit (Marshall-Plan), das noch vor dem 3. Juli unterzeichnet werden wird. Der Wortlaut des Vertrages konnte in Verhandlungen, die mit der amerikanischen Regierung geführt wurden, den österreichischen Wünschen angepaßt werden. Die Vertragsbestimmungen enthalten keinerlei Beeinträchtigung der Unabhängigkeit Österreichs und sind wirtschaftspolitisch und verwaltungstechnisch durchaus im Sinne des Wiederaufbaues und der Konsolidierung des Landes gelegen.

Die Hilfeleistungen der Vereinigten Staaten von Amerika werden unter der Bedingung gewährt, daß jeder der einzelnen europäischen Teilnehmerstaaten mit der Regierung der Vereinigten Staaten ein zweiseitiges Abkommen schließt. Der Vertrag wird nach seiner Unterzeichnung veröffentlicht werden.

Kommt eine Besatzungssteuer?

Amtlich wurde mitgeteilt: Im Ministerrat vom Dienstag berichtete Finanzminister Dr. Zimmermann über die Schwierigkeiten der Finanzverwaltung, die ungeheuren Besatzungskosten weiter aufzubringen. Es sei auf die Dauer unmöglich, die großen Summen für diesen Zweck auf normalem Wege zu beschaffen. Der Minister erinnerte an die Note der Bundesregierung an den Alliierten-Rat, in der die Streichung der Besatzungskosten verlangt wird, da sich Österreich frei von jeder Schuld wisse, daß sich noch Besatzungsgruppen in Österreich befinden. Auch das Nichtzustandekommen des Staatsvertrages könne Österreich auf keinen Fall zur Last gelegt werden.

Der Appell der österreichischen Bundesregierung an die Besatzungsmächte habe bisher zu keinem positiven Erfolg geführt, so daß sich die Finanzverwaltung gezwungen sehe, Mittel und Wege ausfindig zu machen, durch die ein Betrag von rund 450 Millionen Schilling hereingebracht werden könne. Die Aufbringung der dem österreichischen Volke auferlegten Besatzungskosten könnte nur dadurch erzielt werden, daß grundsätzlich jeder Österreicher zur Leistung eines Beitrages in Form einer Besatzungskostensteuer verpflichtet werde.

Der Finanzminister richtete abschließend an den Ministerrat das Ersuchen, zu der Frage der Einführung einer Besatzungskostensteuer Stellung zu nehmen.

Nach einer ausführlichen Debatte, an der sich Vizekanzler Dr. Schärf, die Minister Dr. Krauland, Dr. Hurdus, Dr. Gruber, Helmer und Dr. Gerö beteiligten, wurde der Bundeskanzler beauftragt, neuerlich an die alliierten Mächte wegen Herabsetzung bzw. Streichung der Besatzungskosten heranzutreten. Schließlich beschloß der Ministerrat, ein Komitee, bestehend aus den Ministern Dr. Zimmermann, Dr. Kolb, Dr. Krauland, Dr. Gerö, Sagmeister und Dr. Migisch einzusetzen, das die Frage der Besatzungskosten zu studieren und dem nächsten Ministerrat endgültige Vorschläge zu ihrer Regelung zu unterbreiten hat.

AUSSENPOLITISCHE RUNDSCHAU

Gegenwärtig wird die Welt wieder von einer Reihe von Ereignissen erschüttert, die das Werk des Friedens weiter verzögern und unsicher machen. Bei Durchführung der Währungsreform in der West- und Ostzone Deutschlands haben sich Zustände ergeben, die eine sehr ernste politische Lage geschaffen haben und in die Gefahrenzone eines blutigen Konfliktes getreten ist. Durch die völlige Absperrung der Ost- von der Westzone Deutschlands wurden vor allem in den westlichen Sektoren Berlins die Le-

bensmittel so knapp, daß die Bevölkerung schwer unter Hunger zu leiden hat. Wenn auch der allerdrückendsten Not durch Lufttransporte gesteuert werden soll, so ist es doch selbstverständlich, daß angesichts der großen Bevölkerungszahl diese Transporte unzureichend sind und daß daher in aller kürzester Zeit eine Entscheidung fallen muß. Da jedoch der Konflikt in Berlin für die Westmächte zu einer Prestigefrage geworden ist und sie ihre Stellungen in Berlin unter allen Umständen behaupten wol-

len, wird die endgültige Entwicklung hart an der Grenze eines kriegerischen Konfliktes vorbeiziehen.

Die Gefahr einer größeren Kürzung des Marshall-Planes ist nun vorüber, da Präsident Truman das amerikanische Auslandshilfsprogramm von 6.03 Milliarden Dollar unterzeichnet und damit endgültig in Kraft gesetzt hat. Präsident Truman hat in einer Erklärung betont, daß dieses Programm ein Beweis für die Entschlossenheit der USA, im Kampf für die Erhaltung des Friedens und des Wohlstandes der Nationen sei. Bis 3. Juli muß jede der an der Europahilfe teilnehmenden Nationen die Vertragsinstrumente gefertigt haben. Bei dieser Gelegenheit sind die Bedingungen dieses Planes bekanntgeworden. In allgemeiner Hinsicht muß jede Nation Maßnahmen zur Stabilisierung der Währung ergreifen. Überdies muß die Produktion in größtmöglichem Maß gesteigert werden. Weiter verpflichtet sich jedes Land, die Summe, die sie von den USA, im Rahmen des Marshall-Planes erhält, in lokaler Währung in Form eines Fonds bereitzustellen. Über die Verwendung dieses Fonds kann nur in Übereinstimmung mit den USA entschieden werden.

Bei dem Kongreß der Republikaner, die nicht nur die stärkste Partei sind, sondern auch die besten Aussichten bei den kommenden Wahlen haben, wurde der 46jährige Thomas Dewey als Präsidentschaftskandidat aufgestellt. Er war jener Staatsanwalt, der von Roosevelt berufen wurde, das Gangstertum in Newyork auszurotten und der vollen Erfolg seiner Arbeit hatte. Dewey ist ein Gegner der Isolationisten und ein Verfechter des Marshall-Planes, man nimmt daher an, daß er die amerikanische Außenpolitik auf der gleichen Linie wie bisher weiterführen wird.

In den Tagen des Abschlusses der zweiseitigen Verträge zwischen den Vereinigten Staaten und dem Marshall-Plan teilnehmenden Ländern ging wieder eine Streikwelle durch die westlichen Länder Europas, so vor allem durch Italien, Frankreich und England, wo infolge des Dockarbeiterstreikes sogar der Notstand verkündet wurde, um mit militärischer Hilfe die Versorgung der Bevölkerung gewährleisten zu können. Die Anwendung des Notstandes war jedoch nicht mehr notwendig, da die Dockarbeiter ihre Arbeit wieder aufgenommen haben.

Als Protest gegen die Deutschlandpolitik der Westmächte, gegen die Sechsmächtekonferenz in London und die westdeutsche Währungsreform, wurde in Warschau eine Außenministerkonferenz der sieben volksdemokratischen Staaten unter Führung des russischen Außenministers Molotow abgehalten. Als Ergebnis dieser Konferenz wurde eine Erklärung herausgegeben, in welcher die Westmächte der Verletzung aller Abkommen über Deutschland und der Auflösung der Viermächtekontrolle beschuldigt werden. Die Konferenz hat in ihren Forderungen jedoch keinen ostdeutschen Staat genannt, sondern eine provisorische Regierung für ganz Deutschland verlangt und den Abzug aller Besatzungsgruppen.

Noch größeres Interesse als die Warschauer Außenministerkonferenz erregte die Mitteilung eines tschechischen Blattes über eine kürzlich abgehaltene Konferenz der Kominform in Bukarest, in welcher das Verhalten des jugoslawischen Staatschefs Tito, einiger seiner Mitarbeiter und eines Teiles der kommunistischen Partei Jugoslawiens äußerst scharf kritisiert wurde und die jugoslawischen Kommunisten aus der Kominform ausgeschlossen wurden. Es wurde ihnen Trotzismus vorgeworfen und es wurde gerügt, daß nationalistische Elemente die Oberhand gewinnen und eine allzu deutliche Annäherung an die „imperialistischen“ Staaten versuchen. Jugoslawien hat die Anschuldigungen scharfstens zurückgewiesen. Als erstes Ergebnis der Vorgänge in Jugoslawien ist die Tatsache interessant, daß die USA, die jugoslawischen Geldbestände in den Vereinigten Staaten freigegeben haben.

Wie unterrichtete Kreise erklären, soll ein Teil der Unzufriedenheit Moskaus darauf zurückzuführen sein, daß die volksrepublikanischen Truppen des griechischen Generals Markos zu wenig von Jugoslawien unterstützt werden und daß daher die Niederlage General Markos zu erklären sei. Alle diese Nachrichten müssen mit großer Vorsicht aufgenommen werden, denn im Ge-

